

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

15.02.2023

Ausschussbetreuender Fachbereich

Ratsbüro

Schrifführung

Corinna Boeser

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 17.01.2023

Sitzungsort

Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

18:00 Uhr – 20:15 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

19:30 Uhr -19:45 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3 Beschluss Handlungskonzept Wohnen/analytische Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie sowie Fassung eines neuen Baulandbeschlusses**
0459/2022
- 4 Einwohnerfragestunde**
0683/2022
- 5 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 5.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen**

6 Anträge der Fraktionen

7 Anfragen der Ratsmitglieder

7.1 Schriftliche Anfragen

7.1.1 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023): "schriftliche Anfrage unter TOP Ö 7 im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 17. Januar 2023 - Infrastrukturplanung (insbesondere Elektro) im Bereich der unteren Schloßstraße in Bensberg"
0029/2023

7.2 Mündliche Anfragen

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Stein eröffnet um 17.00 Uhr die 12. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der X. Wahlperiode und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig sei.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein:

die Einladung vom 22.12.2022 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie

die Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit dem Beratungsergebnis aus der Sitzung des SPLA zu TOP Ö 3 der heutigen Sitzung als Tischvorlage,

ein Antrag zur Sache der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zu TOP Ö 3 als Tischvorlage,

ein Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen als Tischvorlage,

die Vorlage Nr. 0029/2023 - Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023): „schriftliche Anfrage unter TOP Ö 7 im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 17. Januar 2023 - Infrastrukturplanung (insbesondere Elektro) im Bereich der unteren Schloßstraße in Bensberg“, die unter TOP Ö 7 behandelt werden könne, als Tischvorlage.

Die CDU-Fraktion begründe die Voraussetzung der äußersten Dringlichkeit für eine Erweiterung der Tagesordnung um ihren Antrag zur Ausschussumbesetzung wie folgt:

„Die neuen sachkundigen Bürger sollen an den Haushaltsberatungen für den Haushaltsentwurf 2023 teilnehmen. Die Berufung der sachkundigen Bürger in der nächsten Ratssitzung am 28.03.2023 wäre hierfür zu spät.“

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 17.01.2023 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um den Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen als TOP Ö 5.1 erweitert.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zum Thema Haushaltsrede

Herr Stein erläutert, dass er zu seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2023 zwischenzeitlich einen Hinweis bekommen habe, dass es auch vor seinem Amtsantritt schon Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern gegeben habe. Die entsprechende Stelle in der Rede auf Seite 2 oben müsse daher wie folgt berichtigt werden:

„Am Tag meines Amtsantritts existierte keine PV-Anlage in städtischer Trägerschaft; zwar gibt es bereits seit ca. 10 Jahren einzelne PV auf drei städtischen Schulgebäuden (Berufskolleg Bensberger Straße sowie den Turnhallen von KGS Bensberg und GGS An der Strunde), allerdings

nicht in städtischer Regie, sondern im Wege der Verpachtung an Externe. Ich bin froh, dass sich das jetzt Schritt für Schritt ändert.“

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilung des Bürgermeisters zur Kenntnis.

3. Beschluss Handlungskonzept Wohnen/analytische Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie sowie Fassung eines neuen Baulandbeschlusses 0459/2022

Herr Dr. Metten führt an, dass sich aus dem vorliegenden Gutachten Inkonsistenzen ergeben würden. Die aktuelle Situation führe zu einem negativen Kapitalwert, welcher bedeute, dass sich das Projekt nicht lohnen werde. Er sei der Meinung, dass die vorgeschlagene Quote der Verwaltung von 30% dazu führen werde, dass die Bautätigkeit in Bergisch Gladbach stark eingeschränkt werde. Dies würde den stark angespannten Wohnungsmarkt nicht entlasten. Bereits im SPLA habe die CDU-Fraktion einen Antrag zu Ziffer IV gestellt, welcher keine Mehrheit gefunden habe. Den V. Punkt des Änderungsantrages vom 09.01.2023 wolle die CDU-Fraktion heute erneut zur Abstimmung stellen. Hinzugefügt werden solle außerdem, der von der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vorgeschlagene Satz bezüglich der Quote.

Herr Gajewski-Schneck äußert, dass im von Herr Dr. Metten angesprochenen Punkt zum negativen Kapitalwert ein Missverständnis vorliege. Er hoffe, dass der heutige Beschluss zeige, dass sozial gerechter Wohnungsbau in Bergisch Gladbach möglich sei. Die Form der Quote sei ein weit verbreitetes Instrument der Bodenpolitik. Zudem sei dieses vom Deutschen Institut für Urbanistik empfohlen. Man solle sich nicht die Frage stellen, ob Gutachten perfekt formuliert seien, sondern ob man dem sozialen Anspruch der Bürger in der Stadt gerecht werde. Es sei moralisch richtig für die 30% Quote zu stimmen. Es sollte Ziel der Politik sein, dass der wenig vorhandene geförderte Wohnraum (aktuell bei 3,2%) wachse.

Herr Waldschmidt führt an, dass heute im Kölner Stadtanzeiger von einem enormen Defizit an Sozialwohnungen berichtet worden sei. Er habe sich zudem die Modellrechnung der NRW-Bank zu preisgebundenen Mietwohnbestand bis zum Jahre 2035 genauer angeschaut. Derzeit (Stand 2021) habe man in Bergisch Gladbach 1764 preisgebundene Wohnungen und dies werde sich bis zum Jahre 2030 laut Modellrechnung auf 880 Wohnungen und bis zum Jahre 2035 auf 850 reduzieren. Das vorliegende Gutachten sei in der letzten Wahlperiode gemeinsam mit Questio erarbeitet worden und dies hätten alle Fraktionen bis auf die FDP-Fraktion auch mitgetragen. Insbesondere die CDU-Fraktion sollte jetzt die Moral zeigen und an dem Gutachten festhalten.

Herr Krell äußert, dass er sich den Ausführungen von Herrn Dr. Metten anschließe. Er sei der Meinung, dass Investoren abwarten würden ob die 30% Quote über die nächste Wahl hinaus Bestand habe. Viele Gutachten sagen, dass aktuell nicht die richtige Zeit wäre um Auflagen für Investoren zu erstellen. Im „heute journal“ von letzter Woche sei berichtet worden, dass der Wohnungsmarkt momentan zum Erliegen komme und nicht mehr gebaut werde. Bloß bereits Begonnenes werde beendet. Man befinde sich in einer Zeitwende und sollte erstmal die Entwicklung der Rahmenbedingungen abwarten.

Herr Dr. Nuding betont, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft die Quote von 30% unterstütze. Den Antrag zur Quote von 20% habe man nur für sinnvoll empfunden, falls die Quote von 30% nicht beschlossen werde. Dem Punkt II. werde man allerdings nicht zustimmen.

Herr Schütz äußert, dass er es begrüße, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft den Antrag zur 20% Quote auch unterstützen würde. Nach langen Überlegungen sei die Bergische Mitte Fraktion allerdings auch für die Quote von 30%. Es sei ein Versäumnis der letzten Jahrzehnte, dass viel zu wenige Sozialwohnungen gebaut worden seien.

Herr Schöpf führt an, dass eine feste Quote von 30%, aber auch eine flexible Handhabung seine Vor- und Nachteile mit sich bringe. Allerdings sei es ein geringeres Risiko für Investoren, wenn es

keine feste Vorgabe gebe. Eine Quote von 20% sehe er aber als guten Kompromiss. Grundsätzlich müsse man aber die Ursachen der sozialen Bedürftigkeit bekämpfen.

Herr Buchen betont, dass Herr Gajewski-Schneck in seinem Redebeitrag dargestellt habe, dass alle die für die 30% Quote stimmen würden sich moralisch richtig verhalten würden und alle die für eine geringere Quote seien sich moralisch falsch verhalten würden. Dies wolle er nicht so stehen lassen. Die CDU-Fraktion sei den anderen Fraktionen mit dem Vorschlag von 15% + 15% gedämpftem Wohnraum und der Einbindung der RBS entgegengekommen, jedoch seien alle Kompromisse abgelehnt worden. Er betont, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum für alle Fraktionen wichtig sei und plädiert dafür eine gemeinsame Lösung zu finden.

Herr Samirae führt an, dass es sich hier um einen zweiteiligen Beschluss handele. Zum einen habe man eine Baulandstrategie und zum anderen die zu beschließende Quote. Diese Quote müsse regelmäßig gemäß des Baugesetzbuches überprüft werden. Die Verwaltung habe für diese Quote ein Berechnungstool entwickelt und er frage sich, warum man die Quote nicht einfach berechne für den Beschluss. Er sei der Auffassung, dass bei Negativrenditen sowieso kein Investor bauen wolle.

Herr Dr. Metten betont, dass ein Markteingriff äußerst komplex sei. Man befinde sich was das Bauen betrifft in sehr unsicheren Zeiten. Er könne nicht verstehen, warum die Bergische Mitte Fraktion plötzlich auch für die 30% Quote sei. In der Vorlage der Verwaltung stehe, dass es notwendig sei, dass 2700 Wohneinheiten in den nächsten 12 Jahren gebaut werden und davon 800 Einheiten geförderter Wohnungsbau. Wenn dieser Plan umgesetzt werde, dann erkenne er den Plan an. Dies halte er allerdings für sehr unwahrscheinlich.

Herr Ebert erläutert, dass im Questio Gutachten in der Bestandsanalyse festgestellt worden sei, dass für einige Einkommensgruppen kein Angebot mehr auf dem freien Wohnungsmarkt vorhanden sei. Wenn diese Situation sich nicht ändere, werde man in eine soziale Schieflage geraten. Die Situation sei in gewisser Weise ein Marktversagen, welches ein staatliches Eingreifen erlaube. Es sei für ihn wichtig strategisch so zu handeln, dass man diesem Marktversagen entgegenwirke. Bezüglich der Quote von 30% stelle das Questio Gutachten fest, dass diese Quote den Abbau von sozial gefördertem Wohnraum auffange. Somit diene die 30% Quote der Bestandshaltung und dies wolle man den Investoren auferlegen. Man müsse bedenken, dass im Falle eines nicht vorhandenen B-Planes gar keine Regelung vorhanden sei. In Gesprächen mit Investoren sei die höchste Priorität gewesen, dass klare Regelungen bestehen würden. Bezüglich des CDU-Antrages betont er, dass man mit 15% die man an die RBS geben wolle nicht auskommen werde.

Frau Stauer betont, dass das Recht auf Wohnen ein Menschenrecht sei. Die Umsetzung dieses Rechtes dem freien Marktgeschehen zu überlassen sei gescheitert. Von diesem Scheitern seien vor allem auch Auszubildende und Studierende betroffen und Bergisch Gladbach spiele hier als Hochschulstandort eine wichtige Rolle. Wer heute gegen die 30% Quote stimme trage zu dem Verschulden der Stadt Bergisch Gladbach am Verstoß eines Menschenrechtes bei.

Herr Steinbüchel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte (§16 GeschO).

Herr Schütz stellt daraufhin einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste (§16 GeschO).

Für den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte stimmen neun Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zwei Ratsmitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion und der Bürgermeister. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft, die Bergische Mitte Fraktion und Herr Samirae. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Stein den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste zur Abstimmung.

Für den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft, die Bergische Mitte Fraktion, Herr Samirae und der Bürgermeister. Gegen den Antrag stimmt die CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag mehrheitlich **angenommen**.

Herr Dr. Metten stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung (§15 Abs. 1 f) GeschO) nach der Abarbeitung der Rednerliste.

Frau Meinhardt führt an, dass es nun deutlich geworden sei, dass alle Fraktionen sich für sozialen Wohnraum einsetzen wollen würden. Sie appelliert an die CDU-Fraktion, dass diese ebenfalls für die 30% Quote stimmen sollte. Daraufhin stellt sie einen Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung (§18 Abs. 6 GeschO) zu Ziffer IV. der Beschlussempfehlung des SPLA.

Herr Stein stellt fest, dass dieser Antrag mit Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU-Fraktion das Quorum von mindestens 1/5 der Mitglieder des Rates erreiche und daher nicht zur Abstimmung gestellt werden müsse. Dem wird aus dem Rat nicht widersprochen.

Herr Waldschmidt betont, dass man hier in das Marktgeschehen eingreifen müsse, da der Markt ohne Eingriff versage. Er stimmt Herrn Krell zu, dass das Bedürfnis von Investoren hierfür in der nächsten Zeit tätig zu werden vermutlich gering sei. Allerdings ziele die Baulandstrategie auf die nächsten 20 oder 30 Jahre ab.

Herr Schütz betont, dass man anhand der Abstimmungen in den vorangegangenen Ausschüssen sehen könne, dass die Bergische Mitte Fraktion nicht klar gegen die 30% Quote gestimmt habe. Es habe in der vergangenen Woche einen Termin mit dem Experten Herrn Wirtz von der KSK gegeben, indem das Thema 30% Quote auch nochmal angesprochen worden sei. Dort sei bestätigt worden, dass das Beschließen der 30% Quote nicht falsch sei.

Herr Krell äußert, dass die 30% Quote kein Moralmaßstab sei. Die FDP-Fraktion sei ebenfalls für sozialen Wohnraum, allerdings nicht im Rahmen von dieser Quote. Die Wahrnehmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion entspreche nicht der Realität.

Herr Dr. Bacmeister betont, dass jeder Investor die Möglichkeit habe zu sagen, dass er nur weniger als die vorgegebenen 30% bauen könne. Die 30% seien ein festes Startsignal, was der Verwaltung künftig Halt geben solle. Zum Thema Baustopp erklärt er, dies sei momentan zutreffend, liege aber an den enormen Steigerungen der Baupreise und an Problemen mit Lieferketten, weil man sich zu sehr auf chinesische Lieferanten fixiert habe. Allerdings werde diese Phase bald enden. Dies sehe man auch an den Energiepreisen, welche momentan bereits teilweise wieder auf Vorkriegsniveau seien. Zudem hätten Investoren momentan einen Zinsvorteil, wenn diese in sozialen Wohnungsbau investieren würden.

Frau Mehls führt an, dass das Ende der steigenden Mietpreise nicht abzusehen sei. Sie sei der Auffassung, dass hier teilweise der Mut fehle sich der Realität zu stellen. Wenn man jetzt nicht handle, begeben man sich in eine Katastrophe. Für Investoren sei es keine verkehrte Zeit in sozialen Wohnraum zu investieren, da dieser subventioniert werde.

Herr Kraus betont, dass der SPD-Bundeskanzler die Zeitenwende erkannt habe, aber die SPD-Fraktion im Stadtrat nicht. Es sei unverschämt zu behaupten, dass man nur sozial sei, wenn man der 30% Quote zustimme. Die Argumente für die 30% Quote seien veraltet und man habe nicht erkannt, dass sich die Zeiten verändert hätten.

Herr Stein unterbricht die Sitzung von 19:31 Uhr bis 19:45 Uhr.

Die Beschlussempfehlungen des SPLA werden separat zur Abstimmung gestellt:

Für die folgende Beschlussempfehlung stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und der Bürgermeister (26 Mitglieder des Rates). Gegen die Beschlussempfehlung stimmten die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herr Samirae (26 Mitglieder

des Rates). Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft und der Bergischen Mitte Fraktion enthalten sich der Stimme.

Somit gilt die folgende Beschlussempfehlung des SPLA mit Stimmgleichheit als **abgelehnt**:

- I. **Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf Handlungskonzept Wohnen und zu den analytischen Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie (Anlage 3 und 4 zur Vorlage) werden zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung werden beschlossen.**

Für die folgende Beschlussempfehlung stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und der Bürgermeister. Gegen die Beschlussempfehlung stimmten die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, Fraktion der Freien Wählergemeinschaft und Herr Samirae. Die Bergischen Mitte Fraktion enthält sich der Stimme.

Somit wird die folgende Beschlussempfehlung des SPLA mehrheitlich **abgelehnt**:

- II. **Das vorliegende Handlungskonzept Wohnen sowie die analytischen Grundlagen für die Konkretisierung der Baulandstrategie (Anlagen 1 und 2 zur Vorlage) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch werden beschlossen.**

Herr Stein stellt zunächst Ziffer IV der Beschlussempfehlung des SPLA zur Abstimmung. Aufgrund des Antrags zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung, wird um Vorschläge für eine Zählkommission gebeten.

Es werden Herr Henkel für die CDU-Fraktion, Herr Kochan für die SPD-Fraktion, Herr Kirch für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Herr Herrmann für die Bergische Mitte Fraktion vorgeschlagen.

Im Rat besteht Einvernehmen über die vorgeschlagene Zählkommission.

Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Es werden 56 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind.

Es wird mehrheitlich der folgende im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschluss mit 29 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gefasst:

- IV. **Im Rahmen der Baulandstrategie Bergisch Gladbach wird die verpflichtende Quote für den geförderten Wohnungsbau auf 30% (Förderweg A mindestens zu zwei Drittel, Förderweg B bis zu einem Drittel) der geplanten Geschossfläche für Wohnnutzungen mit einer Bindungswirkung von mindestens 30 Jahren bei Bebauungsplanverfahren eingefordert. Zusätzlich zu diesen 30% wird die Übernahme der Kosten der Baulandentwicklung (Planungskosten, Erschließungskosten, ggf. der zusätzliche Bedarf an sozialer Infrastruktur sowie Kinderspielplätzen und Grünflächen) im Rahmen der Angemessenheit eingefordert. Die verpflichtende Quote von 30% gilt nicht für Projekte bis einschl. 12 WE bzw. bis 1.000 qm Wohnfläche.**

Sodann stellt Herr Stein Ziffer III der Beschlussempfehlung des SPLA zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- III. **Der geltende Beschluss zum Baulandmanagement vom 17.03.2005 (Drucksachen-Nr. 102/2005) wird aufgehoben.**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- V. **Die Verwaltung wird beauftragt, einen Arbeitsprozess (Workflow) zur Operationalisierung des Baulandbeschlusses für das Zwischenerwerbsmodell und**

das Kooperationsmodell zu erarbeiten und dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss vorzulegen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

VI. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur Umsetzung einer Quote von preisgedämpftem Wohnraum zu entwickeln und dem SPLA zur weiteren Beratung vorzulegen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

VII. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zweijahresrhythmus einen Sachstandsbericht dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss vorzulegen, indem über die Ergebnisse der errichteten geförderten Wohneinheiten Auskunft gegeben wird

Herr Dr. Metten beantragt den im SPLA abgelehnten V. Punkt des Änderungsantrages der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 zur erneuten Abstimmung zu stellen. Dabei soll der Teilsatz zur Realisierung der 15%-Quote gestrichen werden:

Bei Flächen, die sich im städtischen Besitz befinden, räumt die Stadt der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft GmbH (RBS) ein Vorkaufsrecht ein. Das Vorkaufsrecht kann auch durch eine Sacheinlage in die RBS mit entsprechender Erhöhung der städtischen Gesellschaftsanteile an der RBS abgebildet werden.

Herr Waldschmidt äußert Bedenken, dass es rechtlich nicht zulässig sein könnte, wenn einer einzelnen Gesellschaft ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden würde.

Frau Meinhardt stellt einen Antrag auf Vertagung dieses Änderungsantrages.

Herr Stein stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Für den Antrag auf Vertagung stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Fraktion Freie Wählergemeinschaft und die Bergische Mitte Fraktion. Gegen den Antrag auf Vertagung stimmt Herr Samirae.

Die CDU-Fraktion enthält sich der Stimme.

Damit ist der Antrag auf Vertagung mehrheitlich **angenommen**.

4. Einwohnerfragestunde **0683/2022**

Herr Stein erläutert, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Werden die Reste der Fußgängerumleitung in Kippekausen ‚An der Wallburg‘ und am Friedhof noch in diesem Jahr oder erst im nächsten Jahr abgeholt?“

Antwort der Verwaltung:

„Es handelt sich hierbei um die Umleitung während der Sperrung des Fußweges zum Friedhof aufgrund des Neubaus des Mehrgenerationenhauses. Aktuell ruht die Baumaßnahme, so dass der Fußweg noch solange offen ist, bis die Bautätigkeit wieder aufgenommen wird, d.h. die Schilder werden dann wieder benötigt und umgedreht. Das wird voraussichtlich im März 2023 (!) der Fall sein.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat die Stadt Bergisch Gladbach beim neuen Fußweg in Kippekausen berücksichtigt, dass Fußgängern, die über den Weg laufen, kleine Steine in die Schuhe fliegen?“

Antwort der Verwaltung:

„Der Bereich von ‚An der Wallburg‘ bis zum Mehrgenerationenhaus war und bleibt asphaltiert. Dass im Baustellenbereich Verschmutzungen vorliegen, liegt aktuell an der Natur der Sache. Bei der aktuellen Witterung ist aber ohnehin eher geschlossenes Schuhwerk empfehlenswert, so dass sich das Problem derzeit nicht ergeben dürfte.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum hat am 10.01.2023 im Planungsausschuss nicht ein jahrzehntelang tätiger Bergisch Gladbacher Immobilienmakler unabhängig zum Thema Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach gesprochen?“

Antwort der Verwaltung:

„Während der Erstellung des Handlungskonzepts Wohnen sind unter anderem auch Immobilienmakler aus Bergisch Gladbach in den Prozess eingebunden worden. Im Ausschuss selbst haben Dritte kein Rederecht.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Ratsmitglieder nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

5.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen

Frau Mehls erläutert, dass es in diversen Medien Berichte über Fabrice Ambrosini der Jungen Union zu einem Vorfall des „Hitler-Grußes“ gebe. Sie fragt an, was aus den Verfahren gegen Herrn Ambrosini geworden sei.

Herr Dr. Metten antwortet, dass nach Überprüfung des Parteivorstandes sämtliche Verfahren eingestellt worden seien.

Herr Waldschmidt führt an, dass es grundsätzlich Sache der Fraktionen sei, wen sie als sachkundige Bürger benennen. In diesem heutigen Falle beantragt er aber eine getrennte Abstimmung der zur Wahl stehenden zu berufenden sachkundigen Bürger.

Herr Stein stellt zunächst die Berufung von Herrn Fabrice Ambrosini zum sachkundigen Bürger zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen ein Ratsmitglied aus den Reihen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der übrigen Mitglieder der SPD-Fraktion und Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen (Herr Fabrice Ambrosini) wird beschlossen.

Sodann stellt Herr Stein die Berufung von Frau Vanessa Steinkrüger zur sachkundigen Bürgerin zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023) zur Umbesetzung in Ausschüssen (Frau Vanessa Steinkrüger) wird beschlossen.

6. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

7. Anfragen der Ratsmitglieder

7.1. Schriftliche Anfragen

7.1.1. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.01.2023 (eingegangen am 09.01.2023): "schriftliche Anfrage unter TOP Ö 7 im öffentlichen Teil der Ratssitzung am 17. Januar 2023 - Infrastrukturplanung (insbesondere Elektro) im Bereich der unteren Schloßstraße in Bensberg" 0029/2023

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7.2. Mündliche Anfragen

Herr Dr. Metten: Anfrage zum Thema 30% Quote

Herr Dr. Metten fragt an, wie es sich rechtlich auswirke, dass die 30% Quote, aber nicht das Handlungskonzept Wohnen beschlossen worden sei. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Herr Haasbach: Anfrage zum Thema Aldi in Heidkamp

Herr Haasbach bemängelt, die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten in Heidkamp. Nachdem der Netto-Markt geschlossen worden ist, sollte dort ein Aldi entstehen. Er fragt an, wie hierzu der Sachstand sei.

Frau Krause antwortet, dass nach ihrem Kenntnisstand der Investor noch keinen Bauantrag gestellt habe.

Herr Stein verweist auf eine detaillierte schriftliche Beantwortung im Rahmen der Niederschrift.

Herr Willnecker: Anfrage zum Thema Trinkwasseruntersuchung IGP

Herr Willnecker fragt an, ob die Trinkwasseruntersuchung an der IGP abgeschlossen sei.

Herr Stein antwortet, dass am 18.01.2023 hierzu eine Information per Mail an die Fraktionen versandt werde.

Herr Stein schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:15 Uhr.

gez.
Frank Stein
Bürgermeister

gez.
Corinna Boeser
stv. Schriftführung